1 Einleitung

Deutschland und zahlreiche andere westliche Industrienationen beklagen einen großen Fachkräftemangel. Warnungen von Demographie-Forschern zu Beginn des neuen Jahrtausends, das Problem der damaligen Arbeitslosigkeit könne sich in sein Gegenteil verkehren, wurden vor allem von Seiten der Politik oft in den Wind geschlagen. Einig war man sich allein darüber, dass Bildung ein Schlüssel für die Prosperität in einer Region ist. Vor diesem Hintergrund startete die Bundesregierung – konkret: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) – im Jahre 2009 eine Initiative unter dem Titel "Lernen vor Ort", mit dem Ziel, ein lokales Bildungsmanagement vor Ort zu entwickeln, welches ein lebenslanges, aufeinander abgestimmtes Lernen und erfolgreiche Bildungsbiografien für alle ermöglichen soll. Die Initiative richtete sich vor allem an die Kreise und kreisfreien Städte. Denn genau hier, am Wohnort der Menschen, werden die persönlichen Entscheidungen über Bildungswege und Bildungseinrichtungen getroffen. Der Anspruch des Programms war somit, bessere Zugänge in ein überschaubares, aufeinander abgestimmtes Bildungssystem zu ermöglichen. Bildung soll für alle und in allen Lebensphasen zugänglich sein. Dahinter steht die Erkenntnis über die Notwendigkeit eines lebenslangen Lernens.

Nicht zuletzt sollte damit auch eine regionale Entwicklung angestoßen werden. Denn:

„Gut ausgebildete, kreative und fantasievolle Menschen tragen darüber hinaus zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit einer jeden Kommune bei. Das Bildungsniveau der Bürgerinnen und Bürger ist ein entscheidender Faktor für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des regionalen Standorts. Bildung muss deshalb auch in den Kommunen zur Chefsache werden.“[1]

Neu an diesem Konzept war, dass einerseits die Bildungsangebote besser als bisher aufeinander abgestimmt und miteinander verzahnt werden sollen, aber auch, dass Bildung und Lernen dort stattfindet, wo die Menschen wohnen. Sie werden also quasi dort zur Bildung abgeholt, wo sich ihr Lebensmittelpunkt befindet: In ihrer unmittelbaren lokalen und regionalen Umgebung.

Das Programm „Lernen vor Ort“ lief wissenschaftlich begleitet in den Jahren 2009 bis 2012 und schloss mit einer Ergebnisstudie im Jahre

[1] Bundesministerium für Bildung und Forschung: „Lernen vor Ort“. Programmhintergrund, https://www.lvo.transferinitiative.de/de/98.php, 17.08.2023.

2014 ab. Das vorliegende Buch versteht sich deshalb als Folgestudie, wobei nun der Schwerpunkt auf der gesamtregionalen (Wirtschafts-)Entwicklung liegt. Dies unterscheidet die vorliegende Studie auch von ihren Vorgängern, denn diese nahmen fast ausschließlich die Bildungsinstitutionen ins Visier.
Nach über zehn Jahren erscheint es deshalb an der Zeit, die Langzeitwirkungen des Programms „Lernen vor Ort" zu evaluieren. Speziell geht es dabei um die Entwicklung einer Region, konkret: Mühldorf am Inn.
In diesem Zusammenhang wurden folgende Hypothesen aufgestellt:

- Hypothese 1: Durch das Projekt „Lernen vor Ort" wurden zahlreiche Arbeitsplätze – auch im öffentlichen Sektor – geschaffen bzw. gesichert, weil Staat und Arbeitgeber in der Region investierten.
- Hypothese 2: Kitas, Grundschulen und andere Bildungsinstitutionen sorgen für langfristiges Bevölkerungswachstum und Prosperität.

1.1 Hintergrund: Das Demographie-Problem

In den meisten hoch entwickelten europäischen Industrieländern ist die Bevölkerungszahl rückläufig.[2] Seit nunmehr fast vier Jahrzehnten bleiben die Geburtenziffern hinter den Todesraten zurück und auch die inzwischen mehr oder weniger initiierte Einwanderung kann den Bevölkerungsschwund nicht aufhalten.[3] Doch nicht nur der Rückgang der Zahl der Einwohner eines Landes oder einer Region birgt ein großes demographisches Problempotenzial, sondern auch die Tatsache, dass das Durchschnittsalter der Bevölkerung immer mehr ansteigt. Besonders dramatisch ist die Situation bereits in einigen Regionen Nord- und Ostdeutschlands. Selbst die wenigen Jungen, die in diesen Regionen geboren werden, verlassen oft noch vor einer abgeschlossenen Ausbildung ihre heimatlichen Landkreise und siedeln zumeist in die südlichen und westlichen Ballungsräume Deutschlands um.[4]
In diesem Zusammenhang spielt auch ein weiteres regionalpolitisches Phänomen eine Rolle: Das „Ausbluten" der Regionen. Immer mehr

[2] Vgl. Eurostat (Hrsg.): Europa in Zahlen, Jahrbuch 2010, Luxemburg 2010, S. 150 ff.
[3] Vgl. Eurostat (Hrsg.): Europa in Zahlen, Jahrbuch 2010, Luxemburg 2010, S. 152 f.
[4] Vgl. Der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Länder (Hrsg.): Demografische Entwicklung. Demografische Situation in den ostdeutschen Ländern, http://www.bmi.bund.de/BODL/DE/Themen/Aufgabenstellungen/demografie/demografie_node.html, 28.07.2019.

Menschen ziehen vom Land in die Städte oder deren Einzugsgebiete. Zurück bleiben, wenn überhaupt, häufig alte Menschen oder Menschen in prekären sozialen Situationen.[5]
Die folgende Bevölkerungspyramide Deutschlands verdeutlicht die geschilderte Problematik.

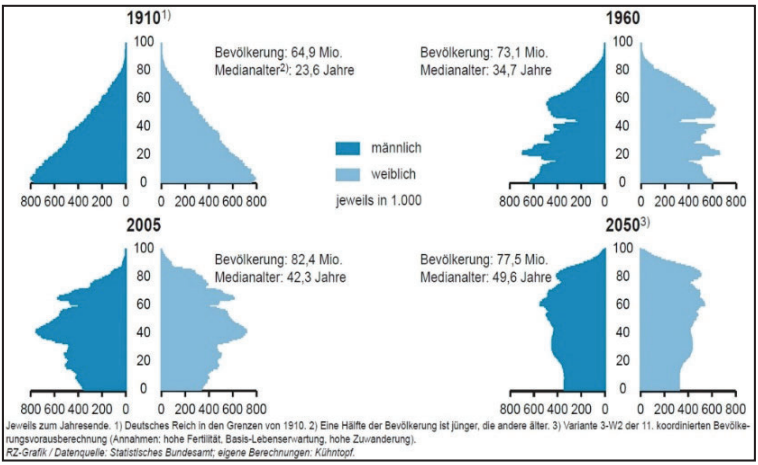


Abbildung 1: Bevölkerungspyramide Deutschlands 1910-2050 in den einzelnen Phasen des demographischen Übergangs in Europa (Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): Research Report. Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2021 S. 28)

Die Abbildung 1 zeigt die Hochrechnung bis 2050. Daraus geht hervor, dass die Tendenz zu immer mehr älteren und immer weniger jüngeren Menschen in Deutschland unausweichlich ist. Die Zahl der Geburten wird sich zwar auf dem Niveau von 2005 stabilisieren, doch die Anzahl der Älteren wird extrem zunehmen. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland wird im Jahre 2050 zwischen 60 und 80 Jahre alt sein. [6]
Was die Geburtenrate betrifft, befindet sich Deutschland weltweit im letzten Drittel, doch der Trend ist in allen OECD-Ländern nahezu gleich. Zum Vergleich: Die Geburtenraten sanken OECD-weit im Durchschnitt von 2,7 Kindern je Frau im gebärfähigen Alter im Jahr 1970 auf 1,6 in den 2000er Jahren.[7]

[5] Vgl. Schmidt, K.: Demographischer Wandel. Lebenswelt Kommune im demographischen Wandel, in: Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Demographischer Wandel, Gütersloh 2019, S. 44-45.
[6] Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): Research Report. Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2019, S. 28.
[7] Vgl. OECD (Hrsg.): Die OECD in Zahlen und Fakten 2011-2012, http://www.oecd-ilibrary.org/sites/9789264125476-de/02/01/01/index.html;jsessionid=1289ls8e8h14v.x-oecd-live-01?contentType=&itemId=%2Fcontent%2Fchapter%2F9789264125469-9-de&mimeType=text%2Fhtml&containerItemId=%2Fcontent%2Fserial%2F23073764&accessItemIds=%2Fcontent%2Fbook%2F9789264125476-de, 15.04.2023.

Derzeit besteht nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die deutsche Bevölkerung zu 19 Prozent aus Kindern und jungen Menschen unter 20 Jahren und zu 61 Prozent aus 20- bis 65-Jährigen und Älteren. Im Jahre 2060 wird es bereits doppelt so viele Bewohner der Generation 65+ geben (siehe Abbildung 2).[8]

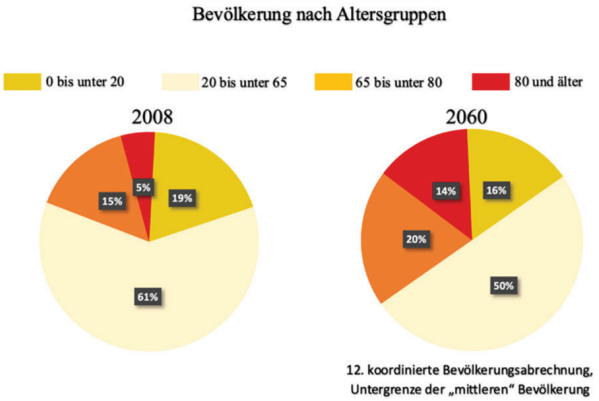


Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen (Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Berlin 2019, S. 16)

Besonders die Politiker treibt die Tatsache um, dass die Geburtenrate in Deutschland seit längerem auf niedrigem Niveau stagniert. Denn noch sind die Sozialsysteme als Generationenvertrag konzipiert, das heißt: Die jungen Menschen zahlen direkt die Kosten für Lebensunterhalt und Gesundheit der Älteren. Dass das derzeitige Sozialsystem mittel- bis langfristig in Deutschland nicht zu halten sein wird, ist allseitig bekannt. Auch, dass bei einem – zugegeben extremen – Verhältnis von einem Rentner zu einem Erwerbstätigen dieser nicht die gesamten Lebenskosten eines Rentners tragen kann, dürfte klar sein.[9] Hier ist der Staat gefordert, die Sozialversicherungssysteme langfristig auf diesen Trend hin abzustimmen.

Nun waren die vergangenen Jahre soziodemographisch dadurch gekennzeichnet, dass immer mehr Menschen in die Städte drängten – mit all den problematischen Folgeentwicklungen wie z.B. steigenden Mieten und Grundstückspreisen, zunehmender Flächenversiegelung und

[8] Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2060 - 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Berlin 2019, S. 14-16.
[9] Vgl. Börsch-Supan, A.: Aus der Not eine Tugend machen - Zukunftsperspektiven einer alternden Gesellschaft, Mannheim 2004.

sozialer Anonymisierung. Hinzu kam der starke Zuwanderungsdruck von Migranten, die gleichfalls in die großen Städte strebten.[10] Als Folge davon ergab sich in den großen Städten ein Nachfrageüberhang bei Kita- und Grundschulplätzen. Obgleich Zuwanderer, besonders Asylbewerber und andere Flüchtlinge, inzwischen auch auf ländliche Regionen verteilt werden, wurde der Abbau von Grundschulplätzen in ländlichen Regionen Deutschlands nicht gestoppt.[11] Weiter entstanden Qualifizierungsplätze und Weiterbildungsmöglichkeiten wiederum fast ausschließlich in den Städten.[12]

Zentral für die hier zu führende Diskussion ist aber, dass mit einer Schließung von Grund- und Weiterführenden Schulen – besonders in dünn besiedelten Regionen Deutschlands – weit mehr verbunden ist, als nur ein Stellenabbau im Lehrerbereich. Eine Kommune, die keine Grundschule mehr hat, ist quasi von der gesellschaftlichen Entwicklung abgekoppelt. Junge Familien entscheiden sich dorthin zu ziehen, wo die besseren beruflichen Entwicklungschancen – auch für ihre Kinder – vorhanden sind. Ein kurzer Schulweg ist hierbei ein wichtiges Kriterium. Unterhält die Kommune keine (Grund-)Schule mehr, gibt es aus Sicht junger Familien kaum noch einen Grund, hier zu siedeln, da zusätzlich in den ländlichen Gemeinden in Deutschland das Arbeitsplatzpotenzial begrenzt ist. So bleiben oft nur noch die älteren Bürger in jenen Gemeinden zurück. Das kann einen Kreislauf aus weniger Einwohnern, weniger Infrastruktur mit Schließung von Lebensmittelläden und Arztpraxen, Ausdünnung der öffentlichen Verkehrssysteme usw. in Gang setzen. In solchen Gemeinden sinken auch die Grundstücks- und Immobilienpreise. Der Verkauf des eigenen Hauses ist deshalb oft für viele Ruheständler kaum noch eine Option.[13] Nicht zuletzt deshalb verbleiben sie zumeist in ihren – oft zu großen – Häusern, anstatt jungen Familien Wohnen in einem Einfamilienhaus zu ermöglichen.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass mit demographiepolitischen Bildungsentscheidungen immer auch über Zukunftsentwicklungen in dieser Region entschieden wird.[14]

---

[10] Vgl. Kraas, F., Bork, T. (Hrsg.): Urbanisierung und internationale Migration. Migrantenökonomien und Migrationspolitik in Städten, Baden-Baden 2012.

[11] Vgl. o.V.: Das große Sterben der Grundschulen im Osten, in: Die Welt v. 16.06.2023, S. 17.

[12] Vgl. Obermeier, M.: Zehn Jahre Bildung für Großeltern und Enkelkinder im Katholischen Bildungswerk Berchtesgadener Land, in: Forstmeier, Himmelsbach, I., Kessler, E. M., Lindner, R., Peters,M., Riehl, A., von de Stein, M. (Hrsg.): Psychotherapie im Alter Nr. 2/2019, (2), S. 211-217.

[13] Vgl. Kroismayr, S., Hirzer, P., Bittner, M.: Schulschließungen im ländlichen Raum – Beginn oder Endpunkt einer demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Abwärtsspirale?, in: Egger, R., Posch, A.: Lebensentwürfe im ländlichen Raum. Ein prekärer Zusammenhang?, Wiesbaden 2016, S. 139-167.

[14] Vgl. Hyll, W., Schneider, L.: Grundschulschließungen als Katalysator von Wanderungsbewegungen? in: Wirtschaft im Wandel, Nr. 17/2021, S. 217-225.

1.2 Hintergrund: Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel

Zunehmend problematisch wird in Deutschland der Fachkräftemangel. Waren bis vor ein paar Jahren vor allem IT- und die personennahe Dienstleistungsbranche (Pflege)[15] sowie die meisten MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) betroffen[16], zeigen allein schon die Stellenanzeigen in den Tageszeitungen, dass zurzeit in fast jeder Branche Arbeitskräfte – insbesondere Fachkräfte – dringend gesucht werden.[17] Die Ursachen dafür liegen zum einen in der demographischen Entwicklung (siehe Kapitel 1.1), doch auch an einer steigenden Nachfrage nach Fachkräften, wie die Grafik der Abbildung 3 zeigt. [18]

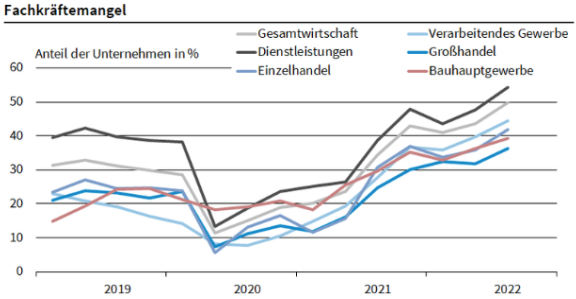
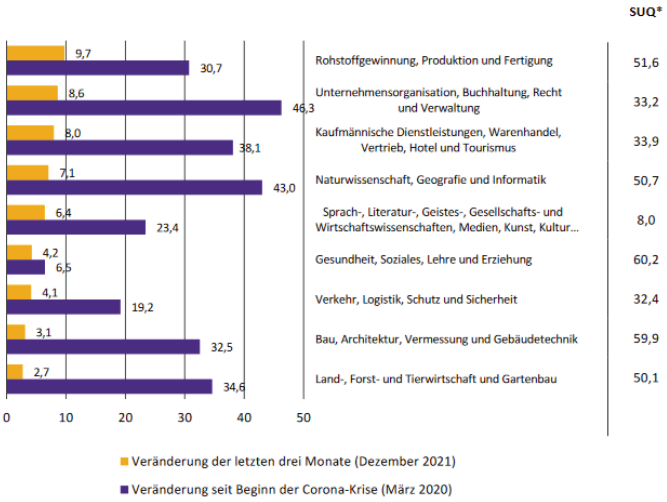


Abbildung 3: Fachkräftemangel in Deutschland (Quelle: Ifo-Institut, Konjunkturumfrage 2023, https://www.ifo.de/fakten/2023-08-16/mangel-fachkraeften-hat-leicht-zugenommen, 10.08.2023)

Noch dramatischer erscheint, dass sich die Schere zwischen Fachkräfteangebot und Fachkräftenachfrage offenbar stetig weiter öffnet. So stieg der Nachfrageüberhang an Fachkräften in den vergangen 24 Monaten saisonbereinigt kontinuierlich an und erreichte im März 2023 einen neuen Höchstwert. Damit fehlten im März 2023 saisonbereinigt gut 558.000 Fachkräfte. Allein im ersten Quartal 2023 stieg die Fachkräftelücke nochmals um gut 88.000 offene Stellen an, für die es bundesweit keine passend qualifizierten Erwerbspersonen gab.[19] Wie die folgende Abbildung zeigt, ist der Anstieg des Fachkräftemangels in einigen Branchen besonders hoch.

[15] Vgl. Afentakis, A., Maier, T.: Projektionen des Personalbedarfs und -angebots in Pflegeberufen bis 2025, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaft und Statistik 11/2010, S. 990-1002.
[16] Vgl. Erdmann, V., Koppel, O.: Demografische Herausforderung: MINT-Akademiker, in: IW-Trends, 37. Jg., Heft 4/2010, S. 81–94.
[17] Vgl. hier z.B. FAZ v. 27.06.2023, S. 34-38.
[18] Vgl. Angenendt, S., Knapp, N., Kipp, D.: Deutschland sucht Arbeitskräfte: Wie die Arbeitskräfteanwerbung entwicklungsorientiert, nachhaltig und fair gestaltet werden kann. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin 2023, S. 9.
[19] Vgl. Sauer, S.: Mangel an Fachkräften hat leicht zugenommen, in: ifo Konjunkturumfrage 16. August 2023, S. 3.



Hinweis: ohne Helfer:innen; *Die Stellenüberhangsquote (SUQ) beschreibt den Anteil an offenen Stellen, für den es keine passend qualifizierten Arbeitslosen gibt, an allen offenen Stellen. Für die Saisonbereinigung wurden fehlende Werte von 1 oder 2 mit 1,5 imputiert. Die Saisonbereinigung erfolgte nach der Methode TRAMO SEATS mit JDemetra+.
Quelle: KOFA-Berechnungen auf Basis von Sonderauswertungen der BA und des IAB, 2022

Abbildung 4: Veränderung der Anzahl offener Stellen und Stellenüberhangquote (Quelle: Sauer, S.: Mangel an Fachkräften hat leicht zugenommen, in: ifo Konjunkturumfrage 16. August 2023, S. 3)

Einige Dienstleistungsbereiche sind besonders stark betroffen. Zum Beispiel in der Rechts- und Steuerberatung sowie der Wirtschaftsprüfung, stellte SAUER fest, dass 75,3 Prozent der Unternehmen nicht die Fachkräfte finden, die sie brauchen. Etwa zwei Drittel der Unternehmen im Verkehrsbereich sowie in den Architektur- und Ingenieurbüros berichten von Fachkräftemangel – ein neuer Höchststand für diese Branchen. [20]

Für das hier zur Diskussion stehende Programm „Lernen vor Ort“ ist von Interesse, dass der weit überwiegende Anteil des deutschen Arbeitskräftemangels mehr oder weniger hoch qualifizierte Fachkräfte betrifft. Dies erklärt sich daraus, dass in der Vergangenheit einfache oder weniger qualifizierte Arbeitskräfte im Niedriglohnbereich beschäftigt waren und immer noch sind, ein Bereich, der schon seit vielen Jahren beständig anwächst.[21] Gegenwärtig stagniert die Zahl der Niedriglohnarbeitsplätze auf hohem Niveau bei knapp 23 Prozent aller Beschäftigten (siehe Grafik in Abbildung 5).

[20] Vgl. Sauer, S.: Mangel an Fachkräften hat leicht zugenommen, in: ifo Konjunkturumfrage 16. August 2023, S. 3.
[21] Vgl. Grabka, M. M., Schröder, C.: Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist größer als bislang angenommen, in: DIW Wochenbericht Nr. 14 / 2019, S. 249-257.

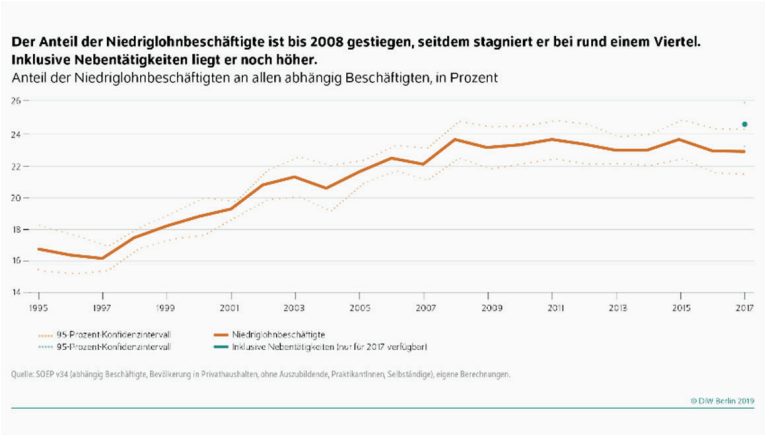


Abbildung 5: Der Niedriglohnsektor in Deutschland (Quelle: Grabka, M. M., Schröder, C.: Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist größer als bislang angenommen, in: DIW Wochenbericht Nr. 14 / 2019, S. 249-257.)

GRABKA/SCHRÖDER sehen hier noch ein großes Potenzial an zukünftigen Fachkräften, wenn es gelänge, die Vielzahl der Beschäftigten weiter zu qualifizieren. [22]

2 Einleitung und Hinführung zum Forschungsvorhaben

Wie dargelegt findet man Zuwanderung vor allem in die Großstädte, während in zahlreichen anderen Regionen Deutschlands, wie zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern, Wohnungen und Häuser leer stehen. Was aber noch weit problematischer ist, ist, dass in diesen Regionen auch keine (schulpflichtigen) Kinder mehr wohnen. Deshalb waren und sind weiterhin diese Regionen von Schulschließungen betroffen.[23]
Laut des Statistischen Bundamtes stieg die Zahl der Schüler an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Deutschland jüngst auf 11,1 Millionen an. Das entspricht einer Zunahme von über einer Million.[24]
Das Statistische Bundesamt sieht darin jedoch nur eine übergangsweise Entwicklung, die vor allem der starken Zunahme der Zuwandererzahlen

[22] Vgl. Grabka, M. M., Schröder, C.: Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist größer als bislang angenommen, in: DIW Wochenbericht Nr. 14 / 2019, S. 249-257.
[23] Vgl. o.V.: Das große Sterben der Grundschulen im Osten, in: Die Welt v. 16.06.2023, S. 17.
[24] Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Pressemitteilung Nr. 105 vom 15. März 2023, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/03/PD23_105_211.html, 06.06.2023.

in den ersten und zweiten Dekaden des neuen Jahrtausends geschuldet ist. Längerfristig, so das renommierte Statistikinstitut, kann wohl nicht mehr mit einer so hohen Anzahl gerechnet werden. Stattdessen ist davon auszugehen, dass sich die Schülerzahlen ähnlich wie in den Jahren bis 2010 entwickeln werden. Damals gab es eine jährliche Schrumpfung von knapp 100.000 Schülern pro Schuljahr.[25]
Demographie-Forscher hingegen – sowie teilweise auch Politiker – sehen in einer Zuwanderung die einzige Möglichkeit, wie die Bevölkerungszahl in Deutschland langfristig stabilisiert werden kann. Andernfalls könnte es zu dramatischen Wohlstandverlusten kommen.[26] Diese resultieren dann aus dem immer größeren Arbeitskräftemangel. Nach Meinung von HELLENKAMP ist ein Wohlstandsverlust bereits spürbar.[27] Schließungen von Schulen und Bildungseinrichtungen sind in diesem Zusammenhang kontraproduktiv.
Im Moment kann keiner vorhersagen, wie sich die Schülerzahlen entwickeln werden. Migrantenkinder verbleiben zumeist mit Ihren Eltern in den großen Städten und diese schicken ihre Kinder auch in diese städtischen Bildungseinrichtungen.[28]

3 Bildung

Bereits vor über 2000 Jahren, in der Antike, wurde eine Diskussion zu den Begriffen Bildung und Erziehung geführt. Griechische Philosophen wie SOKRATES oder PLATON bezeichneten den Lernprozess als Aufnahme von Wissen zum Zwecke der Generierung von Weisheit. So betonte ARISTOTELES den Sinn der Bildung zum Zwecke der Entwicklung des Individuums und der Gemeinschaft (Polis).
Bei PLATON war das Streben nach einer Idee des Guten als höchstes Lebensziel des Menschen fixiert. Diese Vorstellung entfaltet er im Zu-

[25] Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Anzahl der SchülerInnen an allgemeinbildenden Schulen in Deutschland in den Schuljahren von 1992/1993 bis 2022/2023, 08.07.2023.
[26] Vgl. hier z.B. Hellenkamp, D.: Auswirkungen der demografischen Entwicklung, in: Hellenkamp, D. (Hrsg.): Bankwesen im Zeitalter von Disruptionen. Wie Digitalisierung, Demografie und Kundenfokussierung die Branche revolutionieren, Wiesbaden 2023, S. 35-41 sowie auch: Immerschitt, W., Stumpf, M.: Zukünftige Herausforderungen, in: Immerschitt, W., Stumpf, M.: Neue Herausforderungen im Employer Branding, Wiesbaden 2022, S. 41-49. Ferner auch:Heil, H.: Arbeitsminister Hubertus Heil warnt vor Wohlstandsverlust ohne mehr Einwanderung, https://web.de/magazine/politik/arbeitsminister-hubertus-heil-warnt-wohlstandsverlust-einwanderung-38250498, 19.08.2023.
[27] Vgl. Hellenkamp, D.: Auswirkungen der demografischen Entwicklung, in: Hellenkamp, D. (Hrsg.): Bankwesen im Zeitalter von Disruptionen. Wie Digitalisierung, Demografie und Kundenfokussierung die Branche revolutionieren, Wiesbaden 2023, S. 35-41.
[28] Vgl. Hyll, W., Schneider, L.: Grundschulschließungen als Katalysator von Wanderungsbewegungen? in: Wirtschaft im Wandel, Nr. 17/2011, (6) S. 217-225.

sammenhang mit seinem Höhlengleichnis, in dem er den Weg des Menschen, der nach Erkenntnis strebt, als einen Prozess, der die Person als Ganzes erfasst, beschreibt.[29]

Die Vorstellung, dass Bildung vor allem der vollen Entfaltung des Menschen und seiner Potenziale dienen müsse, wird heute meist in den Anfängen der Aufklärung verortet und ist in der Regel mit dem Namen Wilhelm von HUMBOLDT verbunden. KANT fasste dies in seinem Ausspruch "Sapere aude" (sinngemäß: Habe den Mut, dich deines Verstandes zu bedienen) zusammen. Bildung sei die Grundlage einer auf Moralität, Selbstbestimmung und Mündigkeit zielenden Selbstbefreiung des Menschen.[30] Diesem Ziel fühlte sich KANT verpflichtet, der beispielsweise forderte, die Universität als einen Ort freier Lehre und umfassender Bildung von politischen Einflüssen wie auch wirtschaftlichen Abhängigkeiten freizuhalten.[31] So wurde im 19. Jahrhundert die Idee der Persönlichkeitsbildung zu einem wichtigen Teil des kulturbürgerlichen Selbstverständnisses. Doch mit dem Aufkommen der Industriellen Revolution entfernte man sich immer mehr von diesem Ideal. Naturwissenschaftlicher und technischer Fortschritt bewirkten eine enorme Steigerung und Spezialisierung des Wissens, was zu einer „Verwissenschaftlichung der technischen Zivilisation“[32] beitrug, „die nur noch durch Fachwissen und entsprechende Fachschulung beherrschbar ist.“[33] Wissenschaft sowie Wirtschaft brauchen vor allem den Spezialisten. Ganzheitliche Bildungsideale finden dabei keinen Platz.

Heute, so beklagt SCHWAABE, würden das Wissen und die Bildung vorrangig nach den Kriterien eines kapitalistischen Verwertungskalküls beurteilt: Welchen monetären Mehrwert werfen Bildungsinvestitionen ab? Wie profitiert die Gesellschaft von der Weitergabe welcher Art von Wissen? Bildung wird als verwertbare Ausbildung und Fachschulung begriffen und ist erst als Rückfluss von Humankapital wirklich interessant.[34]

Dass Bildung aber vor allem die zentrale Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ist, wird überdeutlich an der Tatsache, dass islamistische Terrororganisationen, wie der IS oder die Taliban, kaum etwas

[29] Vgl. Szleak, T. A.(Hrsg.): Platon: Der Staat. Politeia, Düsseldorf/Zürich 2000, S. 228ff.
[30] Vgl. Düring, I.: Aristoteles. Darstellung und Interpretation seines Denkens, Heidelberg 1966, S. 245 ff.
[31] Vgl. Kant, I.: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In: Berlinische Monatsschrift, 1784, H. 12, S. 481-494.
[32] Schwaabe, C.: Was ist und welchem Ziel soll Bildung dienen?, München 2022, S. 47.
[33] Schwaabe, C.: Was ist und welchem Ziel soll Bildung dienen?, München 2022, S. 47.
[34] Vgl. Schwaabe, C.: Was ist und welchem Ziel soll Bildung dienen?, München 20w2, S. 47ff.